

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Bundesräte Brückl

und weiterer Bundesräte

betreffend deutsche Mautpläne

eingebracht im Zuge der Debatte zu Tagesordnungspunkt 16, Bericht der Bundesanstalt für Verkehr über technische Unterwegskontrollen (III-524-BR/2014 d.B.) in der 832. Sitzung des Bundesrates,

Seit der Bildung der neuen deutschen Bundesregierung im Vorjahr ist bekannt, daß Deutschland beabsichtigt, eine PKW-Maut einzuführen, wobei die deutschen Autofahrer insofern wenig betroffen sein sollen, als diesen im Gegenzug andere Erleichterungen gewährt werden. Durch diese Vorgangsweise wird die gemeinschaftsrechtlich verbotene Ausländerdiskriminierung vermieden, der gewünschte Effekt aber dennoch erreicht: Ausländer zahlen für deutsche Infrastruktur, Deutsche werden nicht belastet.

Nun ist klar, dass diese Vorgangsweise aus der Sicht österreichischer Autofahrer äußerst ärgerlich ist, andererseits ist Österreich ungleich stärker vom selben Problem betroffen: auf österreichischen Straßen sind verhältnismäßig noch mehr ausländische Autos unterwegs als auf deutschen Straßen, also sollte Österreich ein Interesse daran haben, eine ähnliche Regelung zu treffen, statt diese in Deutschland zu verhindern.

Dies wäre umso leichter machbar, als die KFZ-Steuer, die in Deutschland zur Kompensation gesenkt wird, in Österreich wesentlich höher ist, sodass eine Senkung im Interesse von Österreichs Autofahrern ohnedies wünschenswert wäre. Dies gilt insbesondere auch für die steuerliche Belastung der LKW, die vielfach zum sogenannten ‚Ausflaggen‘ in billigere Länder geführt hat, was sich eben auch in der aktuellen Kontrollstatistik widerspiegelt.

Die derzeitige Politik der Bundesregierung, Deutschland mit Klagen zu drohen, ist umso unverständlicher, als Österreich im Bereich des LKW-Transits stets versucht hat, im Prinzip ähnliche Regelungen zum Schutz der Bevölkerung vor den Umweltbelastungen durch den Transitverkehr zu schaffen, was aber eben aus gemeinschaftsrechtlichen Gründen nicht gelang. Ein solcher Präzedenzfall wäre daher für Österreich sehr interessant und sollte daher keinesfalls torpediert werden. Vielmehr wäre die österreichische KFZ-Steuer für PKW analog zu reduzieren.

Aus den dargelegten Gründen und im Interesse der österreichischen Bevölkerung stellen die unterfertigten Bundesräte daher folgenden

